

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden.  
Verleger: Carl Neubauer, Dresden.  
Telefon-Nr. 25 241  
Für den Verleger: 20011.

**Bezugs-Gebühr** in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12.50 M., vierteljährlich 37.50 M.  
**Anzeigen-Preis.** Die einpaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, 1-paltige Zeile u. 20.— M. Vorzugsposten laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

**Schmiedung und Sammelstellen:**  
Marianstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von **epich & Reichardt** in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Sendungen werden nicht aufbewahrt.

## Eine Kanzlerrede auf dem Zentrumstag.

(Nachdruck unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 17. Jan. Auf dem Parteitag des Zentrums ergriff heute nachmittags, nachdem Pfarrer Ullrich die oberleitende Frage behandelt hatte, Reichskanzler Dr. Brüning das Wort zu längerer Ausführungen. Er erklärte zunächst, daß er nicht die Absicht habe, politische Darlegungen großen Stils zu machen. In den nächsten Tagen werde sich der Reichstag selbst mit der gesamten innen- und außenpolitischen Lage beschäftigen. Die Gesamtrichtung der Politik, an der das Zentrum verantwortlich teilnehme und teilgenommen habe, sei vom Parteitag gebilligt worden. Mit Abwägung aller Verhältnismöglichkeiten sei die Politik des Reiches und unlers armen Volkes vorwärtsgetragen worden. Es gebe freilich noch einen anderen Weg, den Weg der Katastrophe, den sich der Verzweiflung anheim zu geben. Der Weg der Verzweiflung und Katastrophe sei aber nicht Ziel und Sinn der Politik, sondern bedeute das Ende der Politik. In keinem Augenblick dürfe die Zentrumspartei aus parteipolitischen Erwägungen heraus sich vor der Verantwortung drücken. Nur unter dem Geiße der Verantwortung könne man das, was man christliche Weltanschauung nenne, manifestieren. Es möge ja sein, daß eine Politik, wie sie von der Verantwortung vorgeschrieben wird, manchmal das Herz zusammenbringe, aber niemand möge glauben, daß es Vergnügen bereite, sich der Entente gegenüber zu beugen. Aber es wäre ein erbärmlicher Ausdruck des Zentrumsglaubens, eine politische Linie zu vertreten, an deren Ende Chaos und Katastrophe ständen. Er habe schon feinerzeit bei der Annahme des Vöndner Ultimatus gesagt, daß die weltwirtschaftlichen Folgen dieses politischen Diktats unseren Wegern zur Last fallen. Die Frage war damit wirtschaftlich richtig abgethan, und

trotzdem sei das Ja richtig gewesen.

und es müsse heute noch als richtig angesehen werden, weil damals die gesamte Welt die Lage nur politisch und nicht wirtschaftlich gesehen habe. Er sei heute darüber unterrichtet, daß man sich auf der Gegenseite über die Döhe der Milliarden, die das deutsche Volk zahlen soll und über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Milliarden überhaupt nicht unterrichtet habe. Heute habe man in allen Ländern gelernt, was Goldmillarden wirtschaftlich überhaupt bedeuten.

Wäre das deutsche Volk in der Lage, alles hinsichtlich zu erfüllen, dann würde, abgesehen von deutschen Schornsteinen, in der ganzen Welt kein Schlot rauchen können.

Wir müssen den Weg des letzten Jahres, soweit es menschlich möglich sei, weitergehen. Könne man aber damit die große Katastrophe wieder auf machen, daß man das deutsche Volk, das sich ritterlich gegen eine ganze Welt gewehrt und geschlagen habe, wie eine Zitrone auspresse, um es dann als angewidert aus der Geschichte beiseite zu legen? Diese Zitronenpolitik sei ein Schand für die gesamte Welt. Die Kraft des deutschen Volkes zusammen mit der Unfähigkeit der übrigen Völker müsse unter allen Umständen einen Weltfrieden herbeiführen.

Das Ziel der bisherigen Politik, das unter ungenügenden Umständen angestrebt wurde, daß man die Welt wieder wirtschaftlich lebe, daß die Wirtschaft der ganzen Welt die Bestandsgang der Menschen voraussetze, haben wir erreicht, in dem wir den Vöndner von Vöndner bis Cannes genannt sind. Wenn es nicht vor der Tür der Gedanke habe sich Bahn gebrochen, daß nur die Solidarität der Völder, zum mindesten in wirtschaftlichen Fragen die große Katastrophe der Weltwirtschaft überhaupt verhindern könne.

Einigen Gedanken habe die Zentrumspartei hinsichtlich vertreten. Nur die Parteien, die Geduld haben, könnten die deutsche Politik meistern. Diejenigen, die da glaubten, man könne mit einer vornehmen Welt oder gar mit einem Paradiesreich die Politik meistern, seien nicht berufen, Vornurde zu machen. Denen, die die Verantwortung mit übernehmen wollten, werde die Tür nicht unverschlossen werden. Aber nicht der Weg theoretischer Erwägungen sei der richtige, um

### Amerikas Warnungen an Frankreich.

Gegen Anschläge der französischen Militärs.

London, 17. Jan. Die „Westminster Gazette“ meldet aus Washington: Die Anschläge auf eine wirksame Teilnahme Amerikas in Genoa oder bei anderen europäischen Verhandlungen, wie sie von Poincaré gefordert werde, würden hinsichtlich geäußert. Eine führende politische Persönlichkeit in Washington erklärte, Amerika werde nicht ungeschwiegen lassen, um die Verantwortung für die Folgen der europäischen Fälschheit von sich abzuwenden, welche die französische Politik für die nächsten Monate bezeichnen werde.

Der Washingtoner Verleitetter der „Times“ schreibt: In Amerika sei man der Ansicht, daß die Widerstände Frankreichs ernstlich, wenn nicht unheilbar die Anschläge auf den Wiederanbau Europas auf liberaler Grundlage gefährdeten. Man befürchte, daß die französischen Militärs es dahin treiben würden, durch Europa einen Weg zu suchen. Es heiße, die französische Politik werde darauf sein, daß daraus Unordnung entstehen könne und Gerdung losere die amerikanischen Befehlsgruppen vom Rhein zurückziehen werde. Es könne nicht gewagt werden, daß die amerikanische Regierung gegebenenfalls sich in diesem Sinne entscheiden und das letzte Symbol der Teilnahme Amerikas am großen Kriege und damit jede Anoschicht auf unmittelbare Mitwirkung der Vereinigten Staaten bei den wirtschaftlichen Aufgaben des Friedens verschwinde lassen werde. (W. T. B.)

### Konsolidierung der alliierten Schulden an Amerika.

Washington, 17. Jan. Der Rinnanzschuß des Senats hat den Antrag betreffend die Konsolidierung der alliierten Schulden angenommen und zahlreiche Bestimmungen angeschlossen, gegen die sich das Schatzamt wandte, namentlich die, daß der Zinsfuß nicht geringer als

große Koalitionen vorzubereiten, auch nicht die Beisprechungen von Partelpapieren, sondern alle, die an einer Erweiterung der Regierung Interesse hätten, müßten sich für das große Problem der nächsten Tage interessieren, das sehr leicht die Fundamente für eine größere Regierung abgeben könnte. Die Plattform, auf die man dabei trete, sei kein glatter Salomoboden, es sei mehr eine Art Kletter, bei der man in Vöcher trete und bald in eine indirekte, bald in eine Bestreuer hineinverate. (Geiterfeld.) Eine Koalition auf breiter Basis müsse eine Regierung auf längere Zeit sein, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, daß ein Teil aus Angst vor den Wahlen sich dann bald wieder in die Klische schlage. Die nächsten Tage stellten sich außerordentlich Aufgaben. Die Lösung von Cannes sei keine definitive. Die allergrößte Frage, wie die Völder überhaupt unter den Reparationslasten nebeneinander leben sollen, sei noch offen. Sie könne erst gelöst werden, wenn Amerika sich wieder für Europa zu interessieren beginne. Als der Präsident der Pfand von England dem Reichspräsidenten mitteilte, daß unter solchen Zahlungsbedingungen, wie sie Deutschland auferlegt seien, Kredite in England zu Reparationszwecken nicht zu erhalten seien, sei der Moment gekommen, in dem das deutsche Volk seinem Geaner sagen konnte:

„Prüft anstandslos dieses bedeutungsvollen Spruches die Leistungsfähigkeit Deutschlands nach.“

Diese Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Sie werde binnen kurzem vollendet werden müssen. Was wir ferner brauchen, sei ein aufrichtiges Bekenntnis, daß es uns innerpolitisch ernst sei, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen. Bei der Aufstellung des Finanzprogramms werde es sich zeigen, ob die Zentrumspartei die große politische Partei sei. Auch in ihren Reihen fehle es nicht an Bewusstseins über die Frage der Steuern. Aber die parteipolitische Befähigung werde sich darin zeigen, daß

das Steuerkompromiß zu Ende komme.

Sei es nicht möglich, mit der Mehrheitssozialdemokratie zu dem Kompromiß zu kommen, so sei innerpolitisch die letzte Politik gescheitert und eine neue Regierung müßte die Neuangabe lösen. Man werde sich aber nicht darauf einlassen, durch eine sogenannte Regierungskrise zur Verwirrung der Geister beizutragen. Sollte die Regierung nicht imstande sein, mit den Parteien, die einen Willens sind, die Probleme zu lösen, so müße sie in offener Selbstschlacht im Plenum des Reichstags gekämpft werden. Antragstentum werde das deutsche Volk nicht ins Freie führen, sondern nur aufrichtige, ehrliche Arbeit auf allen Plänen. Sollte das Zentrum etwa in die Opposition gedrängt werden, so heiße für diese Partei Opposition nicht, drücken herumzulassen und die Vöndner gegen die Regierung aufzuheben. Opposition heiße auch nicht, den Mittelstand in eine verhängnisvolle Renation dem Staate gegenüber hineinzutreiben, sondern Opposition heiße, die Regierung mit dem feinen Willen zu bekämpfen, um möglichst schnell wieder in die Regierung hineinzukommen, damit man es besser machen könne. Politik treiben heiße für das Zentrum vier bringen, und zwar freierlich wie politisch. Nach der ungerichten Entscheidung über die Oberleitungen habe er seinen dortigen Parteifreunden wiederholt erklärt, er sei nicht der Kanzler der Zentrumspartei, er wäre seinen Weg auch dann gegangen, wenn ihm die Zentrumspartei nicht ihr volles Vertrauen geschenkt hätte. Das Zentrum sei die Partei, die die deutschen Landgebiete wieder mit dem nationalen Gedanken einer großen Einheit und Geschlossenheit erfüllen müsse. Kritik habe ihre Berechtigung, aber das Jahr 1922 dürfe nicht mehr in dem Zeichen des ungelassenen Personenkampfes des letzten Sommers stehen. Der Dienst an Volk und Vaterland, die Arbeit an seiner Freiheit, das sei für ihn und seine Partei Gottesdienst, das sei der Christendienst, das sei die große Liebe, die nicht nur das einzelne Volk an sich umfaßt, sondern die auch im Dienste der Menschheit Gütes tun wolle.

(Der Bericht über den Parteitag befindet sich auf Seite 2.)

6 Prozent sein dürfe. Am Schluß wurde der Gesetzentwurf in der Form genehmigt, die das Repräsentantenhaus angenommen hatte. Er sieht die Bildung eines Ausschusses vor, um die Verhältnisse, die den Verfallung hinauszuführen. — Der Senat hat eine Resolution Mac Cormick angenommen, in der das Staatsdepartement ersucht wird, eine Untersuchung über die europäische Finanzlage und die Bedingungen anzustellen, welche die Vöndner an die europäischen Länder auf die europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten haben könnten. (W. T. B.)

Washington, 17. Jan. Sobald die Ermächtigung des Kongresses zur Eröffnung der Verhandlungen über die während des Krieges von den Alliierten eingegangenen Schuldverpflichtungen vorliegt, wird die Regierung zunächst in Verhandlungen mit Großbritannien eintreten, um sodann mit anderen beteiligten Mächten zu verhandeln. (W. T. B.)

### Wilson's Kampf gegen das Viermächte-Abkommen.

Washington, 17. Jan. Vier verlanter, daß Vöndner die Führung im Kampfe gegen das Viermächte-Abkommen zu übernehmen sollte, Wilson bestreite den Standpunkt, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie den Vertrag nicht annehmen, die Verantwortlichkeit der Weltgeschichte auf sich zu nehmen hätten. Man erwartet in Kürze eine Proklamtion des Präsidenten. Die Wegner des Viermächte-Abkommens behaupten auch, daß ihnen nur noch sechs Stimmen fehlten, um die Ratifikation zu vereiteln, und diese sechs Stimmen hoffen sie durch die Unterstützung Wilsons zu erreichen.

### Das deutsche Ugrement für Houghton.

Berlin, 17. Jan. Wie die „Deutsche Wta. An.“ erzählt, erteilte die deutsche Regierung das Ugrement zu der Ernennung des Mitglieds des amerikanischen Repräsentantenhauses Houghton zum Völkler der Vereinigten Staaten in Berlin.

## Der Ruck nach links im Zentrum.

Das Zentrum ist seit den Tagen der Nationalversammlung immer in der Reichsregierung vertreten gewesen und hat zwei Reichskanzler gestellt, Rehrenbach und Dr. Brüning. Es hat also jedenfalls eine führende Rolle in der Politik des Reiches seit der Umwälzung gespielt, und der letzte Parteitag ist daher ein innerpolitischer Vorgang, der auf allen Seiten Beachtung findet. Schon im alten Reich waren in regelmäßigen Abständen die Reichstagsversammlungen eine Haupt- und Staatsaktion, und heute kommt noch unsere kritische äußere und innere Lage hinzu, um die Bedeutung der Berliner Tagung zu erhöhen. Daß der Parteitag der Regierung ein Vertrauensvotum ausstellen würde, war von vornherein nicht anders zu erwarten. Aber inneren Gegenstände und Unstimmigkeiten ungeachtet, ist die Zentrumspartei noch außen hin doch stets in voller Geschlossenheit aufgetreten, und wenn es geschähe, daß sie morgen auseinanderfallen müßte, so würde sie heute noch auf den äußeren Anschein der Einigkeit Wert legen. Es herrscht beim Zentrum eine seltene Parteidisziplin an der sich manche anderen bürgerlichen Parteien ein Beispiel nehmen könnten. Kann somit der Umstand, daß das Zentrum keinen Reichskanzler auf dem Parteitag nicht im Zweifel hat, an sich keine Verwunderung erregen, so erhält das Vertrauensvotum doch einen besonderen Charakter durch den warmen Ton, der darin zum Ausdruck kommt und aus dem der Schluß gezogen werden muß, daß der linke Flügel einen entscheidenden Teil davon getragen hat. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die unerwartet scharfe Stellungnahme gegen die Deutsche Volkspartei, der durch Rehrenbach eine scharfe Abgrenzung wurde. Wir können die Koalition nicht nach rechts hin durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei erweitern, erklärte Rehrenbach, wenn sich dort Elemente befinden, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, sondern nur in die Regierung hinein wollen, um deren Tätigkeit zu sabotieren. Mit diesem groben und geschäftigen Ausfall gegen die Deutsche Volkspartei verband sich ein Heß gegen die Demokraten, denen Rehrenbach vorwarf, daß sie ebenso wie die Volkspartei ler ewig schwanken und wagt wägen, was sie wollten. Diese Scharfsinnigkeit gegen Volkspartei und Demokraten wird noch in besonders helle Beleuchtung gerückt durch den unverhüllten Ruck nach links, den vorher der Reichsarbeitsminister Brauns vollzogen hatte, indem er die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung als „unmöglich“ bezeichnete und hinzufügte, es solle dem Zentrum gar nicht ein, mit dem Gedanken eines Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie zu spielen. Diese Haltung des Reichszentrums steht in auffälligem Widerspruch zu der des preussischen Zentrums, bei dem wegen des Fehlens der links gerichteten sozialdemokratischen Elemente der Ruck mehr nach rechts gefiel. Das preussische Zentrum steht auf dem Standpunkt: „Keine Koalition ohne die Deutsche Volkspartei!“ und ist damit auch in der praktischen Politik durchgedrungen. Das Reichszentrum dagegen folgt der Deutschen Volkspartei heute an und hätte sich ausschließlich auf die Sozialdemokratie. Es scheint, daß die Herrschaften im Reich an dem „Eublich allein!“ Gefallen gefunden haben und das Teilnahmestück zu werten ohne führende Einmischung Dritter so lange wie möglich fortsetzen möchten.

Den Vorwurf des Schwankens, den Rehrenbach an die demokratische Adresse richtet, abt die „Frankf. An.“ zurück mit dem Hinweis auf die „innere Unausgeglichenheit“ des Zentrums, die seinen Vertretern im Kabinett eine sichere Führung der Geschäfte unmöglich mache, so daß Dr. Brüning selbst wiederholt den Eindruck einer gewissen Unauverlässlichkeit in der Steuerung des Kurzes erwecken mußte. Das Frankfurter demokratische Blatt fordert vom Zentrum, daß es in den großen Fragen der Tagespolitik einen eindeutigen Kurs nach links oder nach rechts oder gar beides innehalten müsse. In diesem Verlangen liegt ohne Frage etwas Richtiges, wenn man von der Nebenabstufung des Frankfurter Organs, das Zentrum auf die besonderen Forderungen der Demokratie festzusetzen, absieht. Vor allem hätte man eine klare Zielsetzung des Parteitages in der Angelegenheit der Sachwerte erwarten dürfen. Ursprünglich schien das Zentrum Schuler an Schulter mit den übrigen bürgerlichen Parteien den Eingriff in die nationale Vermögensübernahme, den die Sonderbestimmung der Sachwerte darstellt, rundweg zurückweisen zu wollen. Anzwischen aber ist der Wind wieder umgeschlagen, und Brauns hat mit einer Verbeugung nach links versichert, daß das Zentrum bereit sei, den Volkstreffen, die für die neuerliche Erfassung der Sachwerte eintraten, nach Möglichkeit entgegenzukommen. Der Umfall beruht auf tatsächlichen Erwägungen, wenn die Rücksicht auf die Sozialdemokratie wurzelt, und ist ein neues abweichendes Beispiel, wohin es führt, wenn Fragen von rein sachlichem Charakter und einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung unter dem Druck politischer Teilnahme gestellt werden.

Daß durch eine solche Art der Behandlung grundlegender wirtschaftlicher und finanzieller Angelegenheiten die innere Geschlossenheit der Partei nicht gefährdet werden kann, liegt auf der Hand. Die herrschenden Gegenstände können denn auch auf dem Parteitage trotz aller Parteidisziplin nicht ganz ignoriert werden, sondern wurden wiederholt mehr oder weniger deutlich gestreift. Ein Redner führte Rede über die Sachwerte, daß sich in den Reihen der Partei verschiedene wenig wohlwollende Kritiken an der Erfüllungspolitik der Reichsregierung bemerkbar machten. Ein anderer Redner forderte, daß energischer Protest erhoben werden müßte gegen die „verheerende Kritik in der Partei“, die sich gegen die Führer und verantwortlichen Stellen richtete. In Baden seien viele Parteikreise entzweit, gegen diese Elemente offen Stellung zu